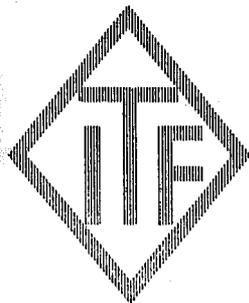




FASCHISMUS

Nummer 3

Amsterdam, den 11. August 1934.



Um die Generallinie. Ultimatum der Industriellen. (ITF)

Die Industrie hat sich vom Schreck des 30. Juni rasch erholt, sie riskiert, der Diktatur in aller Brutalität ein Ultimatum zu „stellen: Hände weg von der Industrie, sonst erschüttern wir durch Massenentlassungen das Fundament des Dritten Reiches!

Wir zitieren wörtlich aus der Zeitschrift des Deutschen Herrenklubs "Der Ring": Es hat sich in den letzten Wochen aus unserer Devisenlage und aus den Rohstoffversorgungsproblemen, die wiederum durch die Devisenknappheit aufgeworfen worden sind, die Notwendigkeit gewisser zahlreicher und weitreichender behördlicher Eingriffe in das wirtschaftliche Leben ergeben, Eingriffe, deren Grenze eigentlich kaum abzusehen ist... Den Anfang machten Rohstoffeinkaufs-Verbote, abgelöst durch die Statuierung vielfacher Genehmigungspflichten; es folgten Eingriffe in die Fabrikationsmethoden, Verbrauchsregelungen und schliesslich direkte Beschränkungen der Produktion. Alle diese behördlichen Zwangsmassnahmen, die vielfach auch gleich noch mit Zwangskartellierungen und Investitionsverböten verknüpft wurden, haben der ganzen Wirtschaft und dem ganzen Volke nun mit einer Eindringlichkeit, wie sie nicht Worte, sondern oben nur Geschehnisse zu erzeugen vermögen, gezeigt, dass wir nicht allein auf der Welt sind (dass also Hitlers Rede von der Autarkie grober Unfug ist! Red.). Nichts kann die ungeheure Bedeutung des Devisen- und Rohstoffproblems für die Beschäftigung der deutschen Industrie, also schlechthin dafür, ob wir arbeiten können oder nicht -- nichts kann diese ungeheure Bedeutung sinnfälliger und zugleich warnender dartun, als die Tatsache, dass ein an sich noch gut beschäftigter Wirtschaftszweig wie die Textilindustrie durch gesetzlichen Eingriff zur Kurzarbeit gezwungen werden muss, weil wir sparsam mit den Rohstoffen umgehen müssen". Es entwickelte sich eine Art von Zwangswirtschaft wie im Kriege. "Die Einwirkungen gehen immer tiefer, werden immer breiter, und am Ende einer solchen Entwicklung kann nur zu leicht ein Zustand stehen, in dem die Dispositionsfreiheit der privaten Wirtschaft aufgehoben, verschwunden ist, abgelöst von den Direktiven der Behörden. Dieser Gefahr offen ins Auge zu sehen, ist umso notwendiger, weil das, was am Ende dieser

Entwicklung stehen könnte, keinesfalls dem Grundgedanken des neuen Staates entsprechen würde. Die grosse Entscheidung ist damit gekennzeichnet. Es ist einfach die Frage: Wie kommt die deutsche Wirtschaft durch den Engpass hindurch, durch die Unfreiheit wieder zur Freiheit. Die Unfreiheit wurde im Falle ihrer Verewigung, der nationalen und wirtschaftspolitischen Generalidee zuwiderlaufen. Nur am Rande sei dabei noch vermerkt, dass auch das Instrument der Errichtungskontrolle, des Investitionsverbots, in weiterem Umfange als bisher angewandt, der Generallinie widersprechen könnte". Die Generallinie des Bündnisses zwischen Grossbesitz und Nationalsozialismus ist unbedingter Schutz des Grossbesitzes. Die Generallinie der Wirtschaftspolitik bestimmt der Grossbesitz. Die Kontrolle des Staates "darf auf nichts anderes bedacht sein, als auf die Erzielung des höchstmöglichen Arbeitseffekts, der, richtig verstanden, identisch zu sein hat mit dem grösstmöglichen Wirtschaftlichkeitseffekt" (d. h. Profit! Red.). "Dieser aber kann nicht erreicht werden in der Unfreiheit". Gibt die Diktatur nicht nach, so schliesst der Artikel, so wird die Industrie Arbeitsbeschaffung und Rohstoffversorgung sabotieren.

Am Tage der Auslieferung der Zeitschrift wurde die Ernennung Dr. Schachts zum Wirtschaftsminister verkündet.

Dr. Schachts Programm. (ITF) Der neue deutsche Wirtschaftsminister, der Reichsbankpräsident Dr. Schacht, tritt sein Amt in einem Zeitpunkt gefährlichster Zuspitzung der wirtschaftlichen Lage des Dritten Reiches an. Der Exportüberschuss reicht nicht mehr zur Beschaffung der notwendigsten Rohstoffe, es fehlt das Geld zur Fortführung selbst der jämmerlich entlohten Arbeitsbeschaffungsmassnahmen, die Rüstungsaufträge müssen gedrosselt werden. Die Missernte verschärft die Situation.

Die Drosselung der staatlichen Aufträge verärgert die Grossindustrie, auf deren Wohlwollen die Diktatur mehr denn je angewiesen ist. Denn nur durch den Exportüberschuss der Industrie können die fehlenden Devisen beschafft werden.

Die Drosselung der staatlichen Aufträge verärgert auch mittelständlerische Schichten, die an der Ausrüstung der SA verdient hatten. Grossbesitz und Mittelstand sind die zuverlässigsten Stützen der Diktatur, es muss ein Ausweg gefunden werden, und es scheint, dass Dr. Schacht ihn gefunden hat: die Verschleuderung der öffentlichen Betriebe.

Seit Jahren führt Dr. Schacht den Kampf gegen die öffentliche Wirtschaft. Als Reichsbankpräsident hat er versucht, die Gemeinden zum Verkauf ihrer Wirtschaftsbetriebe zu zwingen; jetzt ist seine grosse Stunde gekommen. Selbst im Krisenjahr 1932/33 (spätere Zahlen liegen noch nicht vor) brachten die deutschen kommunalen Betriebe einen Überschuss von 650 Millionen. Für finanzkräftige Gruppen wäre die Übernahme vor allem der rentablen Elektrizitäts- und Gaswerke ein vorzügliches Geschäft; das Handwerk hofft auf die ihm immer wieder versprochene Schliessung der kommunalen Installationsbetriebe, und selbst bei Verschleuderung bringen die kommunalen Betriebe und die des Staates einige Milliarden in die leeren Kassen. -- Am 30. Juli wurde Dr. Schacht Wirtschaftsminister. Am selben Tage noch befahl er beschleunigte Wiederaufnahme der unter seinem Vorgänger verzögerten Vorbereitungen zur Liquidation der öffentlichen Versorgungsbetriebe!

Die deutschen Gemeinden stehen, wenn ihnen die Einnahmen der Versorgungsbetriebe genommen werden, vor dem Bankrott. Doch Dr. Schacht wird sie auch bei ansteigender Arbeitslosigkeit von Wohlfahrtsausgaben entlasten. Er hat persönlich den Feldzug gegen den "Wohlfahrtsstaat" eingeleitet, der seit Jahren von der Sozialreaktion gegen die "hohe" Unterstützung der Erwerbslosen geführt wurde. Aus dieser Zeit ist Dr. Schacht, der sich selbst als "entschiedener Vertreter einer individualistischen und kapitalistischen Wirtschaftsauffassung" bezeichnet, ist auch bei den nationalsozialistischen Arbeitern derart verhasst, dass ihm das Sozialressort des mit dem Reichswirtschaftsministerium verbundenen preussischen Wirtschaftsministeriums entzogen werden musste.

Weiterer Abbau der Erwerbslosenunterstützung entlastet die öffentlichen Kassen, Verschleuderung der öffentlichen Betriebe hilft, falls sich ein kapitalkräftiger Interessent der bankrotten Diktatur findet, und besänftigt Grossbesitz und Handwerk. Aber beides bringt keine Rohstoffe. Der Rohstoffimport soll durch ein Dumping ermöglicht werden, durch "Zusatzexport mit Verlustausgleich", verstärkt durch scharfe Lohnsenkung in der Exportindustrie. In vielen Betrieben ist die neue Lohnabbauwelle schon angekündigt worden!

3.)

Zwangsarbeit für die Besiegten. (ITF) Nach den Massenerschiessungen vom 30. Juni wird gegen die proletarischen SA-Mitglieder rücksichtslos vorgegangen. Der arbeitslose SA-Mann wird genau so wie der Arbeitslose ohne Brauhemd zu Zwangsarbeit ohne Lohn gepresst. "Es ist verboten", kommandiert die oberste SA-Führung, dass wie bisher "SA-Führer die Überführung von SA-Männern in die Landhilfe deshalb verweigern, weil sie bei ihren Einheiten angeblich (!) gehalten werden müssten". Der erwerbslose SA-Mann, der auf Befehl der Naziführung seine Klassengenossen terrorisierte, muss jetzt wie sie für das lumpige Taschengeld von rund 4 RM wöchentlich beim Junker als Landarbeiter schuften.

Im Solde der Industriellen. (ITF) Mit allen Mitteln versuchen die faschistischen Bewegungen aller Länder, in der Zeit ihrer Opposition zu verhindern, dass ihre Geldgeber bekannt werden; noch keine faschistische Partei hat ihre Finanzquellen auch nur vor ihren Anhängern klargelegt. Der deutsche Nationalsozialismus bildet keine Ausnahme. Aber seit dem Regierungsantritt der Nationalsozialisten legt ein Teil der Geldgeber Hitlers Wort darauf, gebührend in Erscheinung zu treten.

Die deutschen Industriellen hatten sich im Frühsommer 1933 unter Führung des Kanonenkönigs Krupp verpflichtet, "die für die Aufgaben der NSDAP, ihrer Dienststellen, Einrichtungen und Formationen benötigten Mittel durch zentrale Sammlung aufzubringen". Vom 1. Juni 1933 bis 31. Mai 1934 wurde 5 pro Mille der von der Industrie gezahlten Jahreslohn- und Gehaltssumme (aber mindestens 6 RM pro Jahr auch für den schlechtestbezahlten Kurzarbeiter) als "Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft" an die Parteikasse der NSDAP gezahlt. Es waren rund 50 Millionen.

Am 31. Mai 1934 lief die Spende ab. Am 13. April bereits sprach Dr. Ley bei Krupp vor und bat um Weiterzahlung der Spende. Doch die Industrie, die durch die Rüstungsaufträge ein Mehrfaches der 50 Millionen verdient hatte, blieb zugeknöpft. Sie wollte Garantie für die Zukunft. Inzwischen aber ist der Finanzbedarf der NSDAP gewaltig gestiegen, allein die Finanzabteilung der NSDAP beschäftigt nach der Mitteilung des "Völkischen Beobachters" 2200 braune Bönzlein.

Der 31. Mai verstrich und das Geld der Industrie blieb aus. Da erschien am 29. Juni, am Tag vor den Massenerschiessungen der SA-Führer Hitler höchstselbst bei Herrn Krupp. Doch die Industriellen waren verärgert. Durch die Wirtschaftspolitik der Nationalsozialisten ist die Rohstoffversorgung der Industrie gefährdet, die Finanznot zwingt zur Einschränkung der Staatsaufträge. Die nationalsozialistische Führung beeilte sich, Garantie für eine wirtschaftspolitische Schwenkung zu geben. Dem Wirtschaftsminister wurden unbeschränkte Vollmachten erteilt und diese Vollmachten am 30. Juli dem Reichsbankpräsidenten Schacht übertragen, der als unbedingter Vertrauensmann gerade der schwerindustriellen Sozialreaktion in den nächsten 6 Monaten als Wirtschaftsminister in Stellvertretung des programmgemäß erkrankten Generaldirektors Dr. Schmitt antreten wird.

Am Tage darauf, am 31. Juli, konnte Hitlers Stellvertreter, Reichsminister Hess, mitteilen, dass die Industrie für ein weiteres Jahr 50 Millionen in die Kasse der nationalsozialistischen "Arbeiter"-Partei zahlen wird.

Almosen statt Lohn. (ITF) Die in der deutschen Arbeitsschlacht beschäftigten 400 000 Notstandsarbeiter erhalten so jämmerliche Löhne, dass sich selbst Nationalsozialisten darüber empören. Im Kreis Dramburg in Pommern hat die Deutsche Arbeitsfront Gelder gesammelt, um den dort beschäftigten Notstandsarbeitern pro Woche 2 RM zuzahlen zu können.

"Unsichtbarer" Gehaltsabbau. (ITF) Die Nationalsozialisten sind ausserordentlich erfindungsreich, wenn es sich um neue Methoden des Lohnabbaus handelt. Um den Gehaltsabbau der Angestellten zu forcieren, wurde folgende Methode ausfindig gemacht, die gestattet, in der Statistik von stabilem Gehaltsniveau zu berichten: bei Einstellung eines bisher arbeitslosen älteren Angestellten soll für die ersten drei Monate nur 80% des Tarifgehalts gezahlt werden. Nach einem Vierteljahr soll die Firma entscheiden, ob sie den Angestellten weiterbeschäft-

4.)

tigen will oder nicht. Beschäftigt sie den Angestellten weiter, so braucht sie (zu ihrer Belohnung!) in den nächsten drei Monaten nur 90% des Tarifgehalts zu zahlen und erst dann das volle Gehalt.

Da in der Praxis der deutsche Unternehmer schon ein 35jähriger als "älterer Angestellter" gilt, bedeutet diese Methode die Einleitung eines neuen Gehaltsabbaus für die deutschen Angestellten auf der ganzen Linie. Die Firmen haben die Möglichkeit, alle drei Monate neue Angestellte zu 80% des Tarifgehalts einzustellen, und die Folge wird sein, dass Angestellte in der Regel nur noch Arbeit bekommen, wenn sie zum Jugendlichen-Tarif oder als "ältere Angestellte" mit 20% Gehaltskürzung arbeiten.

Arbeitslose werden "ausgehungert!" (ITF) Die Nationalsozialisten
===== haben die durchschnittliche Unterstützung der von den deutschen Gemeinden betreuten Erwerbslosen nach Mitteilung des Statistischen Reichsamts auf 10 RM pro Kopf und Woche gesenkt. Das ist ein Durchschnittssatz. Die sogenannten Sozialrentner--Kleinbürger, deren Vermögen in der Inflation entwertet wurde--erhalten wesentlich höhere Unterstützungen, zahllose Arbeitslose weitaus weniger. Wie die Stadt Braunschweig mitteilt, beziehen arbeitslose Arbeiterinnen und arbeitslose weibliche Angestellte, die "schon Jahre lang in bitterster Not leben, verschuldet und ausgehungert sind", "zum Teil nur 16 RM im Monat". Aber die Lushungerung der Arbeitslosen geht den Nationalsozialisten noch nicht schnell genug. Der Braunschweiger Oberbürgermeister hat angekündigt: "Es wird jetzt radikal mit dem Unterstützungswesen gebrochen werden müssen", selbst 3,70 RM die Woche sind für Erwerbslose zu viel. Jeder verhungerte Erwerbslose verschwindet aus der Statistik.

Grenzsperre für Facharbeiter. (ITF) Die Nationalsozialisten fürchten, dass Facharbeiter zu den durch das Dritte Reich unter ein menschenwürdiges Niveau gesenkten Löhnen nicht mehr arbeiten wollen und ins Ausland abwandern. Deutsche Facharbeiter erhalten deshalb künftig Auslandspässe nur noch mit Genehmigung der zuständigen Industrie- und Handelskammer, der örtlichen Unternehmervvertretung.

Siebenfache Freude. (ITF) Die Deutsche Arbeitsfront ist zu einem riesigen Apparat mit verwickelter Organisation geworden. Zwar behauptet der Organisationsleiter der Deutschen Arbeitsfront: "Die Verwaltung der Deutschen Arbeitsfront ist die einfachste", aber jedes Mitglied gehört einem "Block" an und durch den "Block" einer Arbeitsfront-"Zelle". Die "Zelle" wiederum ist ein Teil der "Betriebsgemeinschaft" des gelben Werkvereins. Durch die "Betriebsgemeinschaft" gehört jedes Mitglied zu einer der 18 "Reichsbetriebsgemeinschaften". Quer durch diese "Reichsbetriebsgemeinschaften" hindurch laufen die "Reichsberufsgruppen" für "jeden (!) der vorkommenden Berufe". Und dann gibt es noch die Ortskartelle der Arbeitsfront und des Vergnügungsver-eins "Kraft durch Freude".

Es ist schwer, sich durch diese siebenfache (!) Organisationszugehörigkeit hindurchzufinden. Die Deutsche Arbeitsfront hat deshalb zum 1. Mai ein "Dienstbuch" verbreitet, "eine von dem Geist der NSDAP und der Volksgemeinschaft durchblutete Darstellung, die alles Wissenswerte über die Organisation des schaffenden deutschen Volkes enthält". "Das Büchlein", schreibt der Pressechef der Deutschen Arbeitsfront, "ist keine Lektüre für einmal, sondern gehört zu jedem schaffenden Menschen wie die Bibel und der Katechismus zum Christen und die Felddienstordnung und das Exerzierreglement zum Soldaten". Inzwischen wurde die Organisation der Arbeitsfront wieder einmal geändert, die Bibel enthält nicht mehr die endgültige Wahrheit. Der Organisationsleiter der Arbeitsfront sah sich deshalb genötigt, zu der von ihm verfassten Bibel schleunigst einen Kommentar zu verfassen, damit wenigstens die Amtsleiter (der nationalsozialistischen Partei), die Amtswalter (der Deutschen Arbeitsfront) und die Amtswarte (des Vergnügungsver-eins "Kraft durch Freude") sich zurechtfinden und den unter siebenfacher Mitgliedschaft Seufzenden verkünden können, "die Verwaltung der Deutschen Arbeitsfront ist die einfachste".

5.) Die bulgarische Diktatur löst Gewerkschaften auf. (ITF) Die
=====

Militärdiktatur, die durch den Staatsstreich vom 19. Mai 1934 die Herrschaft über Bulgarien an sich riss, stützt sich auf keine Massenorganisation. Die Bauernschaft, die 4/5 des 6-Millionen-volkes umfasst, liess den Militärputsch teilnahmslos geschehen. Die Missernte des Jahres 1933 und der Zusammenbruch der Preise für fast alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse hatten sie zermürbt. Die kommunistische "Arbeiterpartei" hatte zwar bei den Gemeindevahlen die Mehrheit in den wichtigsten Städten errungen, doch auch sie riskierte keinen Widerstand.

Die Militärdiktatur begann zögernd, nach faschistischen Methoden zu regieren. Am 12. Juni wurden alle politischen Parteien aufgelöst und die Konzessionspflicht für Zeitungen eingeführt. Im Juli wurde zum Schlage gegen die Arbeiterschaft ausgeholt, am 20. wurden alle gewerkschaftlichen Organisationen der Staatsbediensteten aufgelöst. Für jeden Berufszweig wurde eine Einheitsorganisation gebildet, deren Vorstand Kontrollkommission und Redaktionskomitee die Regierung ernannte. Künftig will die Regierung nur noch 1/3 der Vorstandsmitglieder selbst ernennen, aber sie hat vorsichtigerweise angeordnet, dass bisherige leitende Funktionäre der ehemaligen Gewerkschaften sich auf keinen Fall unter den von den Mitgliedern unter staatlicher Aufsicht gewählten 2/3 befinden dürfen.

Die bulgarische Militärdiktatur fürchtet, dass diese Einheitsorganisation auf keine allzugrosse Gegenliebe stossen wird. Sie hat deshalb, (nach italienischem Vorbild) bestimmt, dass allen vom Staat beschäftigten Arbeitern, Angestellten und Beamten die Mitgliedsbeiträge vom Lohn oder Gehalt abgezogen werden, ganz gleich, ob sie der Einheitsorganisation beitreten oder nicht.

Um 100 Jahre zurück. (ITF) Am 23. Januar 1829 ordnete König
===== Carlo Felice von Sardinien an, dass "alle Arbeitsknechte und Lehrlinge" ein Arbeitsbuch führen müssten, in das der Unternehmer bei Entlassung eintragen konnte, ob der "Arbeitsknecht" sich demütig und gehorsam betragen hatte oder nicht. Niemand sollte ohne Arbeitsbuch beschäftigt werden.

Über hundert Jahre sind seitdem vergangen. Aus den italienischen "Arbeitsknechten" wurden freie Arbeiter, die wie so viele andere sozialreaktionäre Bestimmungen auch den Zwang der Arbeitsbücher beseitigten. Aber der Faschismus hat die italienischen Arbeiterorganisationen zerschlagen und aus den freien Arbeitern wieder Arbeitssklaven gemacht und jetzt führt er das verhasste Arbeitsbuch wieder ein. Der italienische Ministerrat hat bereits (am 30. Juni) das Dekret über die obligatorische Einführung des Arbeitsbuches verabschiedet, im Herbst soll es in Kraft treten. Jeder Arbeiter und Angestellte wird verpflichtet, sich bei den faschistischen Gemeindebehörden ein Arbeitsbuch ausstellen zu lassen. Die Behörden tragen bei der Ausstellung nicht nur die Art der fachlichen Ausbildung ein und bei Frauen noch ein ärztliches Gesundheitsattest, sondern auch, ob der Inhaber des Arbeitsbuches ein "verdienstvolles Mitglied der faschistischen Partei" ist oder sich sonst "besondere politische Verdienste" um die faschistische Diktatur erworben hat. Von Anfang an ist also das Arbeitsbuch ein politischer Steckbrief für jeden Antifaschisten.

Bei Arbeitsantritt muss das Arbeitsbuch dem Unternehmer abgegeben werden, der den gezahlten Grundlohn und die Höhe der eventuellen Sozialversicherungsbeiträge einträgt. Jede Arbeitsunterbrechung wird vom Unternehmer vermerkt. Bei Entlassung kann der Unternehmer in das Arbeitsbuch schreiben, ob der Arbeiter oder Angestellte geschickt oder ungeschickt, zuverlässig oder unzuverlässig ist, und damit unter Umständen jede Arbeitsmöglichkeit vernichten. -- Es ist wieder wie vor hundert Jahren.

Faschistische Elendslöhne. (ITF) Das Lohnniveau der italienischen
===== Arbeiter ist in den 10 Jahren faschistischer Diktatur ausserordentlich gesunken. Nach Mitteilung des amtlichen Bollettino di Statistica (Mai 1934) betrug 1933 der durchschnittliche Stundenlohn eines Arbeiters 1.70 Lire. Die durchschnittliche Arbeitszeit soll 160 Stunden pro Monat

6.)

betragen haben, 37 Stunden pro Woche. Der Durchschnitts-Wochenverdienst eines italienischen Arbeiters war demnach 1933 62,70 Lire (= 13,50 RM).

Es handelt sich um amtliche faschistische Angaben, die nach den oft nur auf dem Papier stehenden Tariflöhnen berechnet wurden und daher eher zu hoch als zu niedrig gegriffen sind. Im April und Mai 1934 wurden diese Elendslöhne noch um 7-10% gesenkt.

600 000 sagen nein. (ITF) Die österreichischen Arbeiter wollen mit der Einheitsgewerkschaft der christlichen Diktatur nichts zu tun haben. Trotz stärksten Drucks in den öffentlichen Betrieben und trotz der Verordnung, dass Staatsaufträge nur an Firmen vergeben werden dürfen, deren Belegschaft restlos Mitglied der Einheitsgewerkschaft ist, kommt die faschistische Gründung nicht vorwärts. Auf den 15. Mai war der "letzte" Anmeldetermin festgesetzt, er musste auf den 30. Juni verschoben werden. Doch Mitte Juni hatte der faschistische "Gewerkschaftsbund" nach eigener Angabe erst 100 000 Mitglieder, ein "allerletzter" Termin wurde festgesetzt. Es half nichts. Auch Mitte Juli konnte der "Gewerkschaftsbund" erst von 150 000 Mitgliedern berichten. Vor der Auflösung der Gewerkschaften durch die christliche Diktatur zählten jedoch allein die sogenannten völkischen Gewerkschaften 45 000 Mitglieder, die christlichen Gewerkschaften rund 100 000. Über diese Zahl ist der faschistische Wechselbalg nicht hinausgekommen. 600 000 Arbeiter und Angestellte waren in den freien Gewerkschaften organisiert; von 750 000 gewerkschaftlich Organisierten hat die Einheitsgewerkschaft also nur 150 000 erfasst, 600 000 Arbeiter und Angestellte wollen mit ihr nichts zu tun haben.

Der faschistische "Gewerkschaftsbund" gibt eine Zeitung unter dem irreführenden Titel "Gewerkschafter" heraus, der Fachbeilagen für die einzelnen Organisationen beigelegt werden. Die Juli-Nummer der Fachbeilage der faschistischen Gewerkschaft der Arbeiter im Handel und Verkehr fragt auf der ersten Seite: "Warum steht ihr abseits?... Die Gewerkschaft der Arbeiter im Handel und Verkehr muss aber im besonderen feststellen, dass es auch Betriebe gibt, aus denen bis vor kurzem überhaupt noch nicht ein einziges Mitglied dem Gewerkschaftsbund beigetreten war. Wir sind überzeugt, dass dort besondere Kräfte am Werke sind".

Die "besondere Kraft" einer klassenbewussten Arbeiterschaft ist auch mit Kanonen nicht zu brechen.

"Arbeitervertreter". (ITF) Die nationalsozialistischen Seeleute in Danzig sind führerlos geworden, das Gericht hat ihren "Führer" für ein Jahr ins Gefängnis stecken müssen.

Der Ingenieur Paul Topolski von der "Danziger Werft" war nach der Besetzung des Danziger Gewerkschaftshauses durch die Nationalsozialisten mit der "Reinigung" der Danziger Ortsgruppe des freigewerkschaftlichen Gesamtverbandes, in dem auch die freigewerkschaftlichen Seeleute organisiert waren, beauftragt worden. Vom Juni 1933 bis zum Januar 1934 leitete er dann die gesamte Gruppe Schifffahrt nach nationalsozialistischer Manier. Die "marxistischen Bonzen" hatten ordnungsgemäss Bücher geführt, unter nationalsozialistischer Leitung wurden keine Eintragungen mehr gemacht. Die "marxistischen Vorschwender" hatten monatlich etwa 16 Gulden an Büromaterial ausgegeben, der nationalsozialistische Kämpfer gegen die "rote Verschwendung" verbrauchte in den 7 Monaten für 195 Mitglieder allein für "Büromaterial" 800 Gulden. Über 100 Gulden Verbandsbeiträge wurden von ihm grosszügig unterschlagen. Trotzdem wäre dem "Führer" nichts geschehen, wenn er nicht bei den Danziger Reedern für die NSBO gesammelt und die erhaltenen über 400 Gulden unterschlagen hatte. Die Reeder hatten das Geld für die vernebelnde Propaganda der braunen Bonzen gegeben und waren darüber empört, dass ihr Geld nicht seiner Bestimmung zugeführt wurde. Nur deshalb kam es überhaupt zu dem Prozess, durch den die finanzielle Abhängigkeit der Danziger Arbeitsfront von den Unternehmern und die braune Korruptionswirtschaft von nationalsozialistischen Richtern bestätigt werden musste.

Der Sachverstand. (ITF) Die deutsche Seemannsordnung soll reformiert werden. Sie ist den Herren des Dritten Reiches noch nicht reaktionär genug; im Zeichen des Führerprinzips soll die Borddiktatur verschärft werden. Ein besonderer Sachverständigen-Ausschuss zur Vorbereitung der neuen Seemannsordnung wurde eingesetzt, der "den nötigen Sachverstand an den Gesetzgeber heranzutragen" hat. In diesem Ausschuss der Sachverständigen aber sitzt kein einziger aktiver Seemann, sondern nur Juristen, Regierungsvertreter und Vertreter der Reedereien. Die Nationalsozialisten hatten den Seeleuten versprochen, dass nach Beseitigung der freien Gewerkschaften nationalsozialistische Seeleute die Interessen der Schiffsmannschaften vertreten würden. Jetzt sind nach der Zerschlagung der Gewerkschaften alle Seeleute ohne Ausnahme rechtlos.

35% Lohnabbau. (ITF) Ein Berliner Müllkutscher verdiente im Januar 1933, unmittelbar vor Ausbruch des Dritten Reiches, wöchentlich rund 80 RM. Heute erhält er im Durchschnitt einen Wochenlohn von RM 52.--. Bei dem um 35% gesenkten Lohn aber müssen täglich 13 Häuser mehr abgefahren werden als früher.

Brauner Bankrott. (ITF) Die Hamburger Hochbahn A.-G., die Betriebsgesellschaft der Untergrund- und Strassenbahnen der Hafenstadt Hamburg, wurde von den Nationalsozialisten mit einem barren Reservefonds von 14 Millionen Mark übernommen. Heute hat die Gesellschaft 5 Millionen Mark Schulden. In 18 Monaten sind von den Nationalsozialisten 19 Millionen Mark verpulvert worden. Die Folgen wurden auf die Strassenbahner abgewälzt. Durch Kurzarbeit und Lohnsenkung ist 1933 der Durchschnittsverdienst der Hamburger Strassenbahner um über 10% gesenkt worden.

Das System gehört auf die Anklagebank. (ITF) In dem Prozess um das Eisenbahnunglück von Pforzheim erhielten 2 Eisenbahner je 8 Monate Gefängnis. Das Urteil ist ein ausgesprochenes Verlegenheitsurteil. Auch den Richtern war klar, dass das System der nationalsozialistischen Reichsbahn, das das Personal bei der Gestaltung der Dienstpläne vollständig ausschaltet, mit die Hauptschuld an diesem Unglück trägt. In der Milde des Urteils kommt das deutlich zum Ausdruck.

Die von der freien Gewerkschaft erkämpfte Mitwirkung des Personals bei der Untersuchung der Ursachen von Eisenbahnunglücken ist von den Nationalsozialisten beseitigt worden.

Gleiche Beiträge -- halbierte Leistungen. (ITF) Der freigewerkschaftliche Betriebsrat der Strassenbahner Hamburgs hatte eine Sonderkasse eingerichtet, in die jeder Arbeiter monatlich 50 Pfg. einzahlte. Aus dieser Kasse wurden ein Sterbegeld von 200 RM gezahlt, die Karambolage-Schäden, für die unter Umständen die Strassenbahnführer haftbar gemacht wurden, gedeckt und bei Beschäftigungsjubiläen ein Jubiläumsgeld ausbezahlt. Bei Absetzung des freigewerkschaftlichen Betriebsrats befanden sich in dieser Kasse 190 000 RM. Eine der ersten Taten der Nationalsozialisten war, das Sterbegeld von 200 auf 100 RM herabzusetzen und die Jubiläumsgaben ebenfalls auf die Hälfte zu reduzieren. Die Beiträge aber sind dieselben geblieben. In einer Betriebsversammlung protestierten Strassenbahner und verlangten, wie jedes Jahr, eine Abrechnung. Der nationalsozialistische Betriebsratsvorsitzende aber verweigerte jede Auskunft: "Wir sind euch marxistischen Schweinen keine Rechenschaft schuldig, bei uns herrscht das Führerprinzip. Wir sind nur uns verantwortlich und niemand anderem". Die Hamburger Strassenbahner sind der festen Überzeugung, dass die feudalen Autos der braunen Bonzen nach einem Griff in die Sterbekasse der Strassenbahner bezahlt wurden.

Die braune Korruption. (ITF) Der nationalsozialistische Betriebszellenleiter Schuchardt bei der Strassenbahn in Halle unterschlug 4000 RM Belegschaftsgelder. Er kaufte dafür ein Auto, mit dem er rechtzeitig das Weite suchte.

Der am 1. Mai feierlich vereidigte nationalsozialistische Obmann des "Vertrauensrats" der städtischen Werke in Bremen, Warnecke, musste seines Amtes enthoben werden, als städtische Arbeiter ihm Unterschlagungen nachwiesen. -- Die Zentralstelle zur Bekämpfung der Korruption in der Deutschen Arbeitsfront, das "Amt Abwehr, wurde am 1. Juli aufgelöst. Die Korruption bleibt.